

25. September 2008 bis 9. Oktober 2008

Mit dem Eintrag des Squeeze-out der verbleibenden Aktionäre in das Handelsregister der Stadt München befindet sich die **Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG**, München, nun zu 100 Prozent im Besitz der italienischen **Unicredit**. Die Börsennotierung des Instituts ist damit aufgehoben.

Mit der Eintragung in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main ist die Umwandlung der DVB Bank AG in eine Europäische Gesellschaft (Societas Europaea – SE) vollzogen. Die Bank firmiert jetzt unter dem Namen **DVB Bank SE**.

Die Eigentümer der **Provinzial Nord-West**, Kiel, haben sich gegen eine Aufnahme von Fusionsgesprächen mit der **SV Sparkassen-Versicherung**, Stuttgart, ausgesprochen. Auch die IT-Kooperation in der gemeinsamen Tochtergesellschaft **Vers-IT** ist beendet worden. Beibehalten wollen die beiden Versicherer aber den gemeinsamen Betrieb eines Rechenzentrums über die Gesellschaft für angewandte Versicherungsinformatik GmbH (GaVI), eine Tochtergesellschaft von Versicherungskammer Bayern, SV Sparkassen-Versicherung und Provinzial Nord-West. Und im Kapitalanlagebereich soll die Zusammenarbeit über die **Vers-AM** von dieser Entscheidung unberührt bleiben.

Berkshire Hathaway, die Gesellschaft des amerikanischen Investors Warren Buffett, erwirbt für fünf Milliarden US-Dollar Vorkaufsaktien der **Goldman Sachs Gruppe**. Laut Goldman haben diese eine feste Dividende von zehn Prozent. Zudem erhält Berkshire eine fünf Jahre gültige Option, weitere Aktien im Wert von fünf Milliarden US-Dollar zum Preis von je 115 US-Dollar zu kaufen. Über die Ausgabe neuer Aktien will Goldman zudem bis zu 2,5 Milliarden US-Dollar frisches Kapital einwerben.

Die belgisch-niederländische **Fortis-Gruppe**, Brüssel, ist im Zuge der Finanzmarktkrise „aufgeteilt“ worden. Nach dem Verkauf der Geschäftsteile in Holland an den **niederländischen Staat** hat die **belgische Regierung** die restlichen Aktien (50 Prozent plus eine Aktie) der **Fortis Bank SA/NV** übernommen. Ein bereits abgeschlossenes Abkommen sieht freilich die spätere Übernahme der Mehrheitsbeteiligung von 75 Prozent an der Fortis Bank SA/NV durch **BNP Paribas** vor. Darüber hinaus hat Fortis angekündigt, dass BNP Paribas zu einem Preis von 5,73 Milliarden Euro in bar 100 Prozent der **Fortis Versicherung** in Belgien

kaufen wird. Diese Transaktionen wurden vom Fortis-Aufsichtsrat genehmigt. Die Holländische Nationalbank (DNB) hatte zuvor Fortis davon in Kenntnis gesetzt, dass sie die Entscheidung über eine Genehmigung von Verkäufen verschiedener Aktiva von **ABN Amro** an die **Deutsche Bank** bis auf Weiteres aufschiebt, um ergänzende Prüfungen durchführen zu können.

Die Regierungen Belgiens, Frankreichs und Luxemburgs haben Ende September 2008 beschlossen, der belgisch-französischen **Dexia-Gruppe** Eigenkapital in Höhe von 6,4 Milliarden Euro zuzuführen. Es wird an den Finanzmärkten aber für möglich gehalten, dass diese Maßnahme nicht ausreichen und eine Aufspaltung nach dem Vorbild der Fortis-Gruppe notwendig werden könnte. Die französische Beteiligung an der Dexia ist in eine Art **Staatsholding** eingebracht. Für dieses Instrument will die **französische Regierung** indessen beim Parlament eine explizite Staatsgarantie beantragen, um im Bedarfsfalle auch Hilfen für andere Banken auszahlen zu können.

Nach hohen Abflüssen von Einlagen speziell in der vorangegangenen Woche ist Ende September die amerikanische Bank **Washington Mutual** von der US-Aufsichtsbehörde OTS geschlossen worden. Unter Einschaltung der Regulierungsbehörden konnte mit der amerikanischen Großbank **JP Morgan Chase** ein Käufer gefunden werden, der 1,9 Milliarden US-Dollar für die übernommenen Geschäfte, Einlagen und Filialen zahlt.

Seit der letzten September-Woche 2008 haben mehrere europäische Staaten, darunter auch Deutschland, eine Garantie für die **Spareinlagen** ihrer Bürger oder Banken abgegeben. In vielen Ländern werden Modelle zur Absicherung diskutiert und/oder die staatlichen Garantiesummen erhöht (etwa in Spanien). Angesichts der befürchteten Wettbewerbsverzerrungen durch die bereits einsetzenden Kapitalströme ist seither die Ausgestaltung der **Einlagensicherung** in vielen europäischen Ländern stark in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt (siehe Beiträge in diesem Heft).

Um die viertgrößte US-Bank **Wachovia** ist ein Bieterstreit entstanden. Nachdem Ende September zunächst die **Citibank** – mit wohlwollender Begleitung durch die Aufsichtsbehörden – den Kauf von Unternehmensteilen angekündigt hatte, meldete Anfang Oktober die **Wells Fargo Bank** die Einigung mit Wachovia auf eine Komplettübernahme per Aktientausch zu einem weit höheren Preis. Den folgenden Rechtsstreit haben beide Interessenten auf Vermittlung der Fed inzwischen ausgesetzt, um sich möglicherweise über eine Aufspaltung von Wachovia zu einigen.

Nach zweiwöchigen Verhandlungen hat nach dem **US-Senat** auch das **Repräsentantenhaus** das **Rescuepaket für die US-Banken** gebilligt. Mit bis zu 700 Milliarden US-Dollar kann demnach das Schatzamt angeschlagenen Instituten schlechte Häuserkredite und Hypothekendarlehen abkaufen. Zustande gekommen ist die Einigung über das Gesetz, nachdem flankierend die Anhebung des Limits der staatlichen Einlagensicherung und Steuererleichterungen eingebracht worden waren. Auch **Großbritannien** hat für acht Finanzdienstleister Kapitalhilfen über umgerechnet bis zu 65 Milliarden Euro zugesagt. Das **Stützungs paket der britischen Regierung** umfasst darüber hinaus noch eine zeitlich begrenzte Staatsgarantie für auszugebende Schuldverschreibungen sowie die weitere Aufstockung der Sonderfazilität am Geldmarkt. Der Maßnahmenkatalog wird bei Redaktionsschluss als Grundlage für eine weltweit abgestimmte Reaktion der einzelnen Staaten diskutiert.

Zur Sicherung der Liquidität der **Hypo Real Estate**, München, wurde dem Immobilienfinanzierer in enger Abstimmung zwischen Bundesfinanzministerium, BaFin und der Kreditwirtschaft eine **Absicherung** in Höhe von 50 Milliarden Euro gewährt. Die notwendige Erhöhung der zunächst vereinbarten Abschirmung von 35 Milliarden Euro um 15 Milliarden Euro hat zu erheblichen personellen Konsequenzen im Management geführt (siehe Personalien).

Für einen Kaufpreis von 236,3 Millionen Euro steigt die **Bank of China (BOC)** mit einem Anteil von 20 Prozent beim französischen Vermögensverwalter **La Compagnie Financière Edmond de Rothschild (LCFR)** ein. Mit dem Erwerb der Anteile ist das chinesische Institut künftig zweitgrößter Aktionär von LCFR.